

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

254

Wien, am Freitag, den 28. September 1923.

Die Bezüge der städtischen Angestellten. Die Verhandlungen zwischen der Gemeindeverwaltung und dem Verband der städtischen Angestellten sowie der Gewerkschaft der Unternehmungsangestellten sind nunmehr beendet. Der städtische Personalreferent Stadtrat Speiser konnte namens der Gemeindevertretung auf die Wünsche dieser beiden Gruppen, zu der die Verwaltungsbeamten, die Verwaltungsangestellten, die Lehrer und die Angestellten der städtischen Unternehmungen gehören, eingehen. Die städtischen Angestellten haben bereits im Juli einen Vorschuss auf die von der Bundesregierung seinerzeit in Aussicht genommene Regulierung der Bezüge der Bundesangestellten erhalten. Dieser Vorschuss war für mehrere Monate bemessen und die Gemeindeangestellten verlangten nun, dass ihnen nach Ablauf dieser Frist ein weiterer Vorschuss gewährt werden möge. Die Verhandlungen haben nun ergeben, dass diesen Angestelltengruppen ein weiterer mehrmonatlicher Vorschuss gewährt wird. Dabei erhalten alle Gruppen grössere Beträge als das letztmal und es werden die mittleren und oberen Gruppen, die in ihren Bezügen am meisten hinter ihren Friedensgehältern zurückgeblieben sind, stärker berücksichtigt. Der Vorschuss für diese mehrmonatliche Frist bewegt sich je nach der Verwendungsgruppe und der Länge der Dienstzeit in einer Höhe von etwa 500.000 Kronen bis über zwei Millionen Kronen. Die Pensionisten erhalten einen nach den gleichen Grundsätzen, wie bei den aktiven Angestellten bemessenen Vorschuss. Die Auszahlung soll am 4. Oktober erfolgen. Personalausschuss, Stadtrat und Gemeinderat werden sich mit den notwendigen Anträgen bereits am Montag und am Dienstag beschäftigen.

Die Verhandlungen mit den Strassenbahnern beendet. Nunmehr sind auch die Verhandlungen mit den Strassenbahnbediensteten, die der Personalreferent Stadtrat Speiser mit dem Verband der Handels- und Transportarbeiter und dem Hauptausschuss der Strassenbahner führte, einvernehmlich abgeschlossen worden. Die Strassenbahner haben im Mai die letzte Regulierung ihrer Bezüge erhalten und es wurde ihnen nun neuerdings in Anerkennung der intensiven Arbeitsleistung und im Rahmen der finanziellen Möglichkeit eine Lohnregulierung gewährt, die bei dieser Gruppe von Gemeindeangestellten dauernd ist, weil sie in keinem Zusammenhang mit den Bundesangestellten stehen. Es wurden die Lohnbemessungsgrundlagen erhöht, ebenso werden bei den Alterszulagen und einigen Nebenbezügen Verbesserungen vorgenommen. Die monatliche dauernde Bezugserhöhung der reinen Lohngrundlagen für die Strassenbahnangestellten wird sich zwischen rund 150.000 bis 230.000 Kronen bewegen. Eine Erhöhung des Strassenbahntarifes ist mit Rücksicht auf die günstige Gestaltung der Frequenz und die intensive Arbeitsleistung der Bediensteten nicht notwendig. Heute fand bereits eine Vertrauensmännerkonferenz der Strassenbahner statt, die im Handels- und Transportarbeiterverband organisiert sind, dem die überwiegende Mehrheit der Strassenbahnangestellten angehört und mit dem die Gemeinde auch den Arbeitsvertrag abgeschlossen hat, in der das Ergebnis der Verhandlungen einstimmig angenommen worden ist. Stadtrat Speiser hat ferner die Verhandlungen mit den Bediensteten der anderen städtischen Werke über die durch diese Regulierungen notwendig werdenden Angleichungen aufgenommen.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 28. September 1923. Abendausgabe.

Kein Zwangsabbau der Lehrer in Wien. Heute sprach eine Abordnung des Zentralvereines der Wiener Lehrerschaft, bestehend aus den Vertretern aller Kategorien, bei dem Bürgermeister Reumann vor, der sie im Beisein des Personalreferenten Stadtrat Speiser und des Präsidenten des Stadtschulrates Nationalrat Glöckel empfing. Obmann Oberlehrer Denk erklärte, dass die Lehrerschaft wohl wisse, dass trotz des bisher von der Gemeinde ihr immer wieder bewiesenen ausserordentlichen Entgegenkommens, durch den bestehenden furchtbaren Schülerrückgang, der Zwangsabbau auf einer breiteren Grundlage als ursprünglich angenommen wurde, durchgeführt werden könnte. Dieser Umstand ist es, der die Sorge der Lehrerschaft und die Unruhe im Schulwesen wegen des bevorstehenden Zwangsabbaues im erhöhten Maße hervorruft. Trotzdem bringt die Lehrerschaft die Bitte vor, mit Rücksicht auf das allgemeine Abbauland und die durch die Schulreform bedingt erhöhte Arbeitsleistung, von einem Zwangsabbau gänzlich abzusehen. Die Lehrerschaft würde eine solche Entscheidung als einen neuerlichen Beweis der Schul- und Lehrerfreundlichkeit der Gemeinde auffassen. Präsident Glöckel unterstützte das Ersuchen vom Standpunkte der Schulverwaltung aus, die sich die Durchführung der Schulreform zum Ziele setzt und die geleistete Arbeit der Lehrerschaft dankbar anerkennt. Auch Stadtrat Speiser erklärte sein Einverständnis mit dem Ansuchen, obwohl die Gemeinde schon bedeutende Opfer durch die Einführung des Nachmittagsunterrichtes in weiblichen Handarbeiten gebracht hat. Bürgermeister Reumann erwiderte, dass er die Arbeit der Lehrerschaft anerkenne und gerne bereit sei, sich für die vollständige Unterlassung des Zwangsabbaues einzusetzen. Er brauche nicht zuerst betonen, dass diese Massnahme keineswegs als Wahlmanöver aufzufassen ist, da die heutige Mehrheit des Gemeinderates wiederholt bewiesen hat, dass sie sich ausschliesslich von sozialen und kulturellen Notwendigkeiten leiten lasse. Er freue sich sehr, der Wiener Lehrerschaft diese frohe Botschaft übermitteln zu können und wünsche, dass sie auch in Zukunft eine Stütze der Schulreform sein werde. Die Abordnung dankte dem Bürgermeister für dieses Entgegenkommen und bemerkte, dass Wien nunmehr das einzige Bundesland sei, das auf den Zwangsabbau verzichtet und dadurch in so grosszügiger Weise die Interessen der Lehrerschaft wahre.
